

Neues aus Hannover

Brigitte Somfleth, SPD-Landtagsabgeordnete

Dezember 2008



Für Fragen oder Anregungen wendet Euch gerne an mich oder meine Wahlkreisbüro-Mitarbeiterin:

Marianne Landeck

Buchenhain 34
21217 Seevetal
Tel.: 040 768 71 34
Fax: 040 768 99 416
Brigitte.Somfleth@t-online.de

In dieser Ausgabe findet Ihr Artikel zu diesen Themen:

Haushalt 2009	2
Neuordnung der Stiftungslandschaft	3
Castor-Transport	4
PISA-Ergebnisse Niedersachsen	5
Schülerdemo am 12.11.	5
Kita-Standards	6
Biodiversität	6
Kampagne ‚Eintrittskarte Zukunft‘	7

Liebe Genossinnen und Genossen,

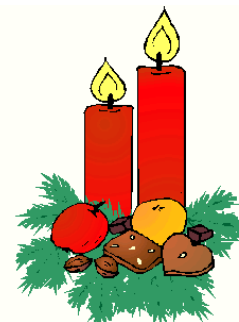
ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende! Begonnen hat es für uns mit einer Niederlage bei der Landtagswahl. Das hat das Jahr 2008 für uns gewiss nicht leicht gemacht. Doch die Aufarbeitung unserer Fehler war konstruktiv und das Ergebnis eindeutig: An unseren Inhalten halten wir fest! Denn wir haben die besseren, sprich die gerechteren Ideen für die Menschen in unserem Land!

Dass die SPD schnell wieder ihren alten Kampfgeist zurück gewonnen hat, wird in jeder Plenardebatte deutlich. Doch auch über den Landtag hinaus sind wir hoch motiviert: Der SPD-Landesverband und die SPD-Fraktion haben gemeinsam die Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ gestartet, zu der ich abschließend in diesem Rundbrief einiges erläutern möchte. Die Kampagne legt ihr Augenmerk auf das Thema Bildung und bringt das zum Ausdruck, was wir wieder stärker ins Land tragen müssen: Die SPD ist die Bildungspartei Niedersachsens!

Zunächst widme ich mich dem Haushalt für das Jahr 2009. Der Haushaltsplan von CDU und FDP enthält keine Antworten auf die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise bereit. Die SPD hat dagegen einen Änderungsantrag für mehr Beschäftigung und Substanzerhalt mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 427 Millionen auf den Tisch gelegt; einen Antrag, der dem Klimawandel Rechnung trägt, der Bildung zum Schwerpunkt hat, der den sozialen Zusammenhalt des Landes sichert und der für die Beschäftigten eine sinnvolle Perspektive beinhaltet.

Des weiteren findet ihr Artikel über die Qualitätsoffensive der SPD in der frühkindlichen Bildung und über die Neuordnung der Stiftungslandschaft nach den Plänen von CDU und FDP, die

schwerwiegende Folgen für die Umweltlotterie BINGO! bedeutet.



Anschließend widme ich mich zweier nicht lang zurückliegenden Ereignissen: Dem diesjährigen Castor-Transport nach Gorleben und dem Eklat nach der Schülerdemonstration am 12.11.08 in Hannover. Ich war in beiden Fällen direkt vor Ort und habe den Protest und den Polizeieinsatz miterlebt.

Neben all den Inhalten zur Landespolitik möchte ich Euch an dieser Stelle auch ganz persönlich etwas mitgeben:

Dass ich weitere fünf Jahre als eure Landtagsabgeordnete in Hannover tätig sein kann, verdanke ich auch Eurem unermüdlichen Einsatz im kurzen und kalten Winterwahlkampf 2007/2008. Zudem seid Ihr als Unterstützer und auch als kritische Weggefährten für mich und meine Arbeit unverzichtbar. Ich danke Euch für die gute Zusammenarbeit und euer Engagement in diesem Jahr!

Im Jahr 2009 stehen uns weitere Herausforderungen bevor: Für gute Wahlergebnisse bei Europa- und Bundestagswahl kommt es wieder darauf an, dass alle von uns für die Ideen und Ziele der SPD werben. *In der bevorstehenden Weihnachtspause wünsche ich uns daher die Zeit, um die nötige Kraft zu sammeln. Ich wünsche Euch besinnliche und erholsame Tage und einen guten Rutsch in ein tatkräftiges Jahr 2009!*

Eure *Brigitte Somfleth*

Haushalt 2009:

CDU und FDP bleiben uneinsichtig und tatenlos

Als Reaktion auf den Haushaltsentwurf der CDU/FDP-Landesregierung hatte die SPD-Fraktion im November einen Änderungsantrag eingebracht, der vorsah, u.a. beim Erhalt der Substanz des Landesvermögens, in der Bildungspolitik sowie in den Bereichen Kinder, Pflege und gerechte Bezahlung von Landesbeschäftigten in Höhe von 427 Millionen Euro klare Schwerpunkte zu setzen. Während des Dezember-Plenums hat die CDU/FDP-Mehrheit im Landtag diesen Antrag jedoch uneinsichtig abgelehnt.

Die Landesregierung blieb bislang völlig untätig, um die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft abzuschwächen und Arbeitsplätze in Niedersachsen zu schützen. Der von CDU und FDP beschlossene Haushaltsplan folgt allein dem Ziel, möglichst schnell eine Absenkung der Nettokreditaufnahme zu erreichen. Letztlich bedeutet dies eine Kürzung in nahezu allen Politikbereichen, in denen m.E. gerade in den Zeiten der Krise zusätzliche Mittel bereit gestellt werden müssten.

Die SPD hält zwar ebenso an der Absenkung der Nettokreditaufnahme fest, hat jedoch verlangt, diese moderater zu gestalten. Denn nur wer jetzt investiert, kann Schlimmeres verhindern! Staatliche Investitionen zur Belebung der Nachfrage bedeuten einen Schutzschirm für Arbeitsplätze! Unsere geplanten Maßnahmen hatten vorgesehen, ausreichende Mittel für den Substanzerhalt des Landesvermögens und für die energetische Sanierung des Landesvermögens bereit zu stellen. Konkret heißt das: Wir wollen nicht zusehen, wie öffentliche Hochbauten verfallen und die Schlaglöcher auf den Landesstraßen immer größer werden. Wir hatten geplant, zusätzlich 13,5 Millionen Euro für den Erhalt der Landesstraßen und für den Bau weiterer Radwege zur Verfügung zu stellen. Für den Hochbau sollten zusätzliche 40,5 Millionen ausgegeben werden — 20 Millionen sollten davon für die Gemeinden als Zuschüsse für die Kofinanzierung energetischer Gebäudesanierungsprogramme bestimmt sein. Denn nicht nur, dass wir mit dieser Maßnahme wirtschaftliche Entwicklung fördern und zugleich den Klimaschutz vorantreiben, sondern wir leisten auch einen großen Beitrag zur Senkung der Energiekos-

ten. Da sich energetische Sanierung durchschnittlich bereits nach 8,6 Jahren durch geringere Energiekosten auch noch selbst finanziert hat, wäre dies der optimale Weg für uns!

Ein großer weiterer Schwerpunkt hätte nach unseren Plänen in einer Bildungsoffensive in Niedersachsen gelegen. Unser Antrag hätte zusätzliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft von insgesamt 247,1 Millionen Euro vorgesehen. Bildungsinvestitionen sind seit jeher *die* Investition in die Zukunft. Die Gelder wären u.a. für die Abschaffung der Studiengebühren und Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit bestimmt gewesen. Auch die Schaffung von 2000 zusätzlichen Lehrerstellen wäre nötig gewesen. Als weitere Maßnahmen sah der Entwurf der SPD vor, u.a. das Sportstättenanierungsprogramm um insgesamt 10 Millionen Euro aufzustocken. So sollten Sporthallen, Schwimmhallen und Sportplätze erhalten bleiben. Auch im Sozialhaushalt sollten neue Akzente gesetzt werden: Mit einer Umschichtung im Gesamtvolumen von 24 Millionen Euro war vorgesehen, das Landesprogramm „Kinder schützen—Kindergesundheit fördern“ zu unterstützen, sowie eine Pflegekommission zur würdigen Gestaltung des Lebensrisikos Pflege einzurichten. Die Umschichtung sollte auch zu Gunsten der gleichberechtigten Teil-

Investitionen in die
Bildung sind seit jeher *die*
Investition in die Zukunft

habe von Menschen mit Behinderung erfolgen. Als letzten Schwerpunkt sah der SPD-Entwurf eine gerechte Entlohnung von Landesbeschäftigten vor, um den Standortnachteil Niedersachsens im Wettbewerb um junge und leistungswillige Berufseinsteiger auszugleichen.

Alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen wären gegenfinanziert gewesen. Die benötigten Gelder könnten uns durch verschiedene Maßnahmen, bzw. Umverteilungen, zur Verfügung stehen: Zum Beispiel durch die Übertragung von 150 Mio. Euro des Jahresüberschusses 2008 ins Jahr 2009 und durch die Auflösung der erfolglosen Stiftung Innovations- und Zukunftsfonds (40 Mio. Euro). Auch durch die geringeren Zinsaufwendungen (21 Mio. Euro) stehen uns mehr Mittel zur Verfügung. Die Erhöhung der Nettokreditaufnahme um ca. 100 Millionen Euro halten wir angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage zudem für unverzichtbar.

Wichtige	23. Mai 2009 - Wahl der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten
Wahltermine	7. Juni 2009 - Europawahl
2009	27. September 2009 - Bundestagswahl

Neue Pläne von CDU und FDP zur Neuordnung der Stiftungslandschaft: Gefahr für die Umweltlotterie BINGO!

Im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 wurde bekannt, dass die Landesregierung plant, die Stiftungslandschaft grundsätzlich neu zu ordnen. Dies könnte fatale Folgen für die erfolgreiche Umweltlotterie BINGO! haben.

Die 1997 in Niedersachsen an den Start gegangene Umweltlotterie BINGO! hat sich bis ins Jahr 2003 zu einer wesentlichen Stütze der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit entwickelt. Bereits 2005 gab es Pläne über eine Neuausrichtung der Stiftungslandschaft seitens der Landesregierung selbst, diesmal kommen die Pläne von den CDU- und FDP-Landtagsfraktionen.

Mit BINGO! sind zahlreiche Projekte im Bereich Umwelt, Natur und Entwicklungszusammenarbeit möglich — angefangen bei Artenschutzprogrammen für bedrohte Tierarten über Landschaftsschutzprojekte für Watt und Hochmoore hin zu Informationskampagnen zum Umweltschutz und zum pfleglichen Umgang mit unseren Ressourcen. Doch die seit dem Regierungswechsel zweimal von der CDU/FDP-Landesregierung durchgeführte Deckelung der Fördermittel auf zunächst drei Millionen Euro hat letztlich zu einer Reduzierung der Fördermittel um mehr als 50% geführt.

Die bisherigen drastischen Kürzungen der Fördersumme haben zu erheblichen Einschränkungen bei der finanziellen Unterstützung wichtiger Projekte im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Entwicklungszusammenarbeit geführt. Da ich selbst seit 11 Jahren im Umweltrat tätig bin, der für die Verteilung der Fördermittel an die Umweltverbände zuständig ist, musste ich miterleben, wie im-

*Die Umweltlotterie BINGO!
fördert zahlreiche Projekte im
Bereich Umwelt, Natur und
Entwicklungszusammenarbeit*

mer häufiger Anträge der Verbände nur reduziert bewilligt werden konnten oder sogar auf Grund nicht ausreichender Fördermittel ganz abgelehnt werden mussten. Eine weitere Kürzung oder eine Zusammenlegung von BINGO! mit der niedersächsischen Umweltstiftung, die viel uneffizienter arbeitet, kommt für uns, die BINGO! und die damit finanzierten Projekte erhalten wollen, nicht in Frage.

Als Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz habe ich gemeinsam mit Fraktionskolleginnen und -kollegen in einer mündlichen Anfrage im November-Plenum auf die Gefahr für BINGO! aufmerksam gemacht. Wir wollten von der Landes-

regierung wissen, ob die im Umweltrat beteiligten Organisationen und Verbände vor einer Entscheidung angehört werden und ob die Projektbearbeitung und -abwicklung weiterhin staatsfern und unabhängig erfolgen wird. Denn es steht zu befürchten, dass durch diese Neuordnung die bewährte Unabhängigkeit und

Staatsferne der Umweltlotterie BINGO! verloren gehen.

Die Antwort der Landesregierung war leider mehr als unbefriedigend. Sie versteckte sich hinter allgemeinen Äußerungen zur Bedeutung der Glücksspielabgabe. So steht zu befürchten, dass die Landesregierung handstreichartig noch vor der Weihnachtspause ihre Entscheidung in der Sache treffen wird.

Im Sinne aller durch BINGO! zu fördernde Projekte zum Schutz von Natur und Umwelt wäre es wünschenswert, dass die Umweltlotterie BINGO! in bewährter Form weiter arbeiten kann.

Sonntag, 4. Januar 2009, 11 Uhr

Neujahrsempfang mit unserem Kandidaten für die Europawahl

Bernd Lange

im Dorfhaus Maschen

Großer Widerstand beim CASTOR-Transport 2008

Rund 15 000 Demonstranten haben bei der Auftaktkundgebung am 8. November 2008 vor dem Zwischenlager in Gorleben bewiesen: Der Widerstand der Atomkraftgegner im Wendland ist ungebrochen.

Mit Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion habe ich sowohl an der diesjährigen Auftaktkundgebung teilgenommen als auch den Polizeieinsatz während der Tage des Castortransportes Anfang November beobachtet. Dabei haben wir einen gewachsenen Widerstand gegen die Atomenergie wahrgenommen. Tausende Menschen haben friedlich und zum Teil sehr kreativ gegen die Transporte demonstriert. Insgesamt kam es zu einer der längsten Verspätungen, die der Castor-Transport nach Gorleben je hatte.

Viele, die in den letzten Jahren nicht mehr auf die Straße gegangen sind, weil sie auf den von der rot-grünen Bundesregierung 2001 beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie vertraut haben, waren diesmal wieder dabei. Die neu entfachte Diskussion über die Forderung vom „Ausstieg aus dem Ausstieg“, wie er von der Atomlobby propagiert und von Vertretern von CDU und FDP gern vernommen wird, hat viele Menschen im Land zu Recht beunruhigt. Hinzu kommen die Vorfälle im ehemaligen Salzbergwerk Asse II und weitere Störfälle in Nachbarländern, die uns alle wieder sehr eindrücklich gezeigt haben, dass wir für den radioaktiven Abfall, wie er bei der Kernenergie unweigerlich produziert wird, keine sichere Endlagermöglichkeit haben. Einige Jahrzehnte wurde uns Salz als sicheres Wirtsgestein angepriesen, aber schon jetzt stellen wir fest: Es ist alles andere als sicher! Fakt ist, atomarer Abfall strahlt tausende von Jahre und es gibt weltweit immer noch keine sichere Art der Endlagerung. Hinzu kommt, dass zum Beispiel immer noch nicht widerlegt ist, dass das Atomkraftwerk Krümmel ver-



Am Ort der Kundgebung am 8. November in Gorleben: Karl-Heinz Hausmann, Jutta Rübke, Johanne Modder, Brigitte Somfleth, Klaus-Peter Bachmann und Andrea Schröder-Ehlers (v.l.n.r.)

antwortlich ist für die große Zahl von Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Elbmarsch.

Wer vor diesem Hintergrund die Atomenergie als preisgünstige, sichere Ökoenergie darstellt, handelt meiner Meinung nach fahrlässig. Hinzu kommt, dass die Argumente fadenscheinig sind, wenn man die horrenden Kosten, die z.B. durch die Castor-Transporte entstehen, berücksichtigt.

Neben dieser grundsätzlichen Position, dass am Ausstieg aus der Atomenergie festgehalten werden muss, ist allerdings zu den Castor-Transporten nach Gorleben einiges zu ergänzen: Dass Deutschland seinen hochradioaktiven Abfall, der in Frankreich aufbereiten worden ist, zurück nimmt, ist völkerrechtlich vereinbart worden. Dass aber das Land Niedersachsen für die Kosten der Polizeieinsätze, die die sich in diesem Jahr auf über 20 Millionen Euro belaufen, erneut allein tragen muss, ist nicht akzeptabel. Denn dieser atomare Abfall kommt auch aus den Atomkraftwerken anderer Bundesländer. Diese Länder zeigen jedoch immer noch keine Bereitschaft, sich an diesen enormen Kosten zu beteiligen.

**Meine aktuelle Reden im Landtag findet ihr auch auf meiner Homepage:
www.brigitte-somfleth.de**

Niedersächsische PISA-Ergebnisse zeigen: CDU/FDP sind bildungspolitisch auf dem Holzweg

Höchst alarmierend sind die aktuellen PISA-Ergebnisse für das Bundesland Niedersachsen: Die im November veröffentlichte Studie beweist erneut, dass Niedersachsen in einer Bildungsmisere steckt.

Der neue PISA-Bundesländervergleich offenbart, was wir angesichts der mangelnden Investitionen im Bildungsbereich fast schon hätten ahnen können: Niedersachsens 15-jährigen Schülerinnen und Schüler landen mit ihren Leistungen in den getesteten Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen nur auf den hinteren Rängen. Besonders tragisch bleibt dabei, dass immer noch die soziale Herkunft maßgeblich ist für den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen. Was wir also bereits aus den vorherigen Studien wussten, hat in Niedersachsen trotzdem nicht zu einer Kehrtwende geführt. Dabei zeigt uns jede Studie aufs Neue, dass die Bildungs-

politik von CDU und FDP in Niedersachsen gescheitert ist. Aber anstatt Verbesserungsvorschläge von Lehrern, Schülern und Eltern anzunehmen, werden diese mit Durchhalteparolen hingehalten. Das rigore Festschalten am dreigliedrigen Schulsystem erschwert erheblich das Ziel, die Chancengleichheit für jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft herzustellen.

Dass die Regierung Wulff den Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt in den vergangenen Jahren gesenkt hat, passt ins Bild und liefert letztlich auch die Erklärung für das Abschneiden Niedersachsens. Wer nicht in die Bildung investiert, darf sich über die aktuellen Ergebnisse auch nicht wundern. Dass das Thema Bildung in SPD-Händen weit aus besser aufgehoben wäre, zeigen auch die Ideen, die im Mittelpunkt unserer Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ stehen.

Eklat nach Schülerdemonstration

Auf den großen Schülerprotest am 12. November vor dem Niedersächsischen Parlamentsgebäude folgte eine aufgeheizte Debatte im Landtag. Vertreter von CDU und FDP beschuldigten u. a. Abgeordnete der SPD, die Demonstranten zu rechtswidrigen Taten ermuntert zu haben. Da dieser Vorwurf jeglicher Grundlage entbehrte, mussten die Regierungsfractionen dieses zurücknehmen und sich dafür öffentlich entschuldigen.

Rund 10 000 Schülerinnen und Schüler sind im Rahmen einer bundesweiten Bildungsdemo friedlich für ein besseres Bildungssystem in Hannover auf die Straße gegangen. Unter dem Motto „Recht auf freie Bildung“ demonstrierten sie u.a. gegen die Einführung des sogenannten „Turbo-Abiturs“ in 12 Jahren, gegen zu große Klassenfrequenzen und gegen das dreigliedrige Schulsystem. Diese inhaltlichen Forderungen der Schülerinnen und Schüler haben wir selbstverständlich unterstützt. Nach dem Schluss der offiziellen Kundgebung haben sich jedoch ca. 1000 TeilnehmerInnen der Demonstration Richtung Landtag in Bewegung gesetzt und haben dabei die Bannmeile rund um das Landtagsgebäude ignoriert. Dabei kam es zwischen vereinzelt Demonstranten und der Polizei zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Die Anschuldigung von CDU und FDP, Abgeordnete der

*CDU und FDP mussten
sich für ihre unhaltbaren
Anschuldigungen
entschuldigen*

SPD-Landtagsfraktion hätten die Demonstranten zu diesem rechtswidrigen Verhalten ermuntert, entbehrte jeder Grundlage. Als Reaktion auf die unhaltbare Unterstellung der Regierungsfractionen waren die Mitglieder der SPD-Fraktion im Begriff, jede und jeder eine persönliche Erklärung vor dem Landtag abzugeben, dass wir den Vorwurf aufs Schärfste zurückweisen. Bevor es jedoch dazu kam, wurde die Sitzung des Landtages unterbrochen und es erfolgte die öffentliche Entschuldigung von CDU und FDP. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Protestaktionen direkt vor dem Parlamentsgebäude überwiegend friedlich waren, es handelte sich vor allem um Sitzblockaden und Sprechchöre. Unter den Demonstranten waren auch viele Schülerinnen und Schüler der 6. bis 8. Klasse, die sich einer Bannmeile um den Landtag gar nicht bewusst waren. Die Ausschreitungen sind daher nicht über zu bewerten, auch wenn natürlich die Schülerinnen und Schüler in Zukunft die Bannmeile zu respektieren haben. Dass aber auch CDU und FDP in gewisser Weise übers Ziel hinausgeschossen sind, zeigte sich dann in der Plenardebatte. Abgeordnete namentlich zu beschuldigen ohne Beweise für deren rechtswidriges Verhalten zu haben, sondern sich aufs „Hörensagen“ zu verlassen, zeugt von äußerst schlechtem Stil. Die Entschuldigung war also mehr als angebracht und wurde von den Betroffenen angenommen.

Klare Standards für die frühkindliche Bildung

Mehr Qualität für unsere Kitas — das ist erklärtes Ziel der SPD-Fraktion. Denn im Interesse aller Kinder, Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von niedersächsischen Kindertagesstätten streben wir eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes an.

Neben der Ausweitung von Kitaplätzen brauchen wir auch dringend klare Standards für die Qualität in diesen Einrichtungen — besonders in den Krippen für die unter Dreijährigen. In den Kindertagesstätten müssen endlich die Voraussetzungen geschaffen werden für das, was wir zu Recht von Ihnen verlangen: Gute frühkindliche Bildung. Denn gerade an den Kindertagesstätten werden die Grundsteine für den späteren Schulerfolg vieler Kindern gelegt. Konkret wünschen wir uns die Veränderung des Personalschlüssels auf fünf Kinder pro einer Erziehe-

rin/eines Erziehers, die Veränderung der Verfügungsstunden der Gruppenleitungen von 7,5 auf 10 Stunden und die Verringerung der max. Gruppengrößen in den Kindertagesstätten von 25 auf dann 20 Kinder für die Drei- bis Sechsjährigen. Unsere Vorschläge hatten wir mit Verbandsvertreterinnen und -vertretern diskutiert. Wir hatten sowohl deren Unterstützung für unsere Qualitätsoffensive erfahren als auch neue Anregungen aufgenommen, z.B. noch stärkere Bemühungen zur Integration von Kindern mit Behinderung in den Krippen. Wir waren uns einig: Niedersachsen muss endlich in der frühkindlichen Bildung aufholen! Mit der Schlussberatung zum Haushalt 2009 ist dieser wichtige Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Regierungsfractionen aber leider wie befürchtet abgelehnt worden.

Biologische Vielfalt bleibt für die Landesregierung nur Nebensache

Auf den weltweiten zu beobachtenden alarmierenden Rückgang der biologischen Vielfalt (Biodiversität) hat die Wissenschaft bereits in den 70er-Jahren hingewiesen. Doch es hat noch viel länger gedauert, bis mehr Menschen verstanden haben wie folgenreich der Verlust der Biodiversität für uns sein wird. Nur einige wenige haben es bis heute nicht verstanden: Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP.

Wer für den Erhalt der Biodiversität einsteht, der schützt das, was unsere Lebensgrundlage ist. Denn nur funktionierende Ökosysteme bieten uns das, was wir zum Überleben brauchen: Sauberes Wasser, gesunde Luft und Böden, auf denen wir anbauen können. Im Novemberplenium haben wir über mehrere Anträge zum Thema biologische Vielfalt abgestimmt. Die Fraktion der Grünen hatte einen Antrag eingereicht, der die Forderung, den Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten, mit konkreten Maßnahmen und konkret zu erreichenden Zielen untermauerte. Es ist erschreckend, dass die niedersächsische Landesregierung nicht einmal die Standards einführen will, zu denen sich sogar die Bundeskanzlerin bekennt. Denn das Bundeskabinett hat ihre nationale Strategie zur biologischen Vielfalt schon im Jahr 2007 beschlossen. Der Antrag der niedersächsischen Grünen enthielt im Wesentlichen das, was sich auch in der nationalen Strategie finden lässt, trotzdem lenkten die Regierungsfractionen nicht ein. Als SPD-Fraktion hatten wir darüber hinaus einen Er-



Während meiner Rede zum Thema Biodiversität im Landtag am 13. November 2008

gänzungsantrag ins Plenum eingebracht, der eine zusätzliche Komponente berücksichtigen sollte: Den ökonomischen Wert der Biodiversität. Sogar die überzeugenden Argumente des Ökonomen Pavan Sukhdev (Chef der Deutsche-Bank-Abteilung Global Market) konnten CDU und FDP nicht davon abhalten, sowohl den Antrag der Grünen als auch unseren Antrag abzulehnen. Somit zeigt sich für mich wieder einmal: Sie haben die immense Bedeutung dieses Themas immer noch nicht erkannt!



- **KINDER SCHÜTZEN - KINDER FÖRDERN:** Bessere Gesundheitsfürsorge für Kinder und gute Betreuung für junge Familien
- **MEHR QUALITÄT FÜR UNSERE KITAS:** Kleinere Gruppen — bessere Betreuung
- **HÜRDEN FÜR GESAMTSCHULEN ABREISEN:** Gesamtschulen zulassen, wo Eltern dies wollen
- **MEHR FLEXIBLE EINGANGSTUFEN IN GRUNDSCHULEN:** Besserer Schuleinstieg durch Berücksichtigung des individuellen Lerntempos
- **GMEINSAM MACHT STARK — KINDER MIT BEHINDERUNG INTEGRIEREN:** Bessere Integration von Kindern mit Behinderung
- **ABSCHAFFUNG DER STUDIENGEBÜHREN:** Keine Gebühren für das Erststudium
- **GESELLEN AN DIE HOCHSCHULEN:** Öffnung der Hochschulen für QuereinsteigerInnen aus der beruflichen Bildung

SPD in Niedersachsen: Die Bildungspartei.

Die erste landesweite Kampagne im Rahmen von „Eintrittskarte Zukunft“ stellt die Bildungspolitik in den Mittelpunkt. Die Sozialdemokratie verfügt hier seit jeher über besondere Kompetenz, viele Wählerinnen und Wähler wissen das. Doch das reicht uns nicht: Ziel unserer Kampagne ist es, unsere Ideen ins Land zu tragen und so viele Menschen wie möglich mit unseren Ideen zu erreichen.

Die Kampagne ist im November gestartet und wird bis zum Mai 2009 fortgeführt. Sie ist dabei in unser bildungspolitisches Gesamtkonzept eingebettet.

Damit die bildungspolitischen Ziele der SPD bei den Bürgerinnen und Bürger ankommen, ist es erklärtes Ziel, dass in unseren Ortsvereinen zumindest eines der Kampagnenfelder bearbeitet wird. Auf der Funktionärskonferenz zum Thema „Eintrittskarte Zukunft“ des Unterbezirks Landkreis Harburg am 10. November haben wir diskutiert, welche Kampagnenfelder für uns dabei in Frage kommen. Im Landkreis Harburg sehen wir den Schwerpunkt bei den Themen Kinderschutz, Kita-Qualität und Gesamtschulen.

Mit unseren Veranstaltungen müssen wir unsere Ziele deutlich machen, damit die Menschen in Niedersachsen das Thema Bildungspolitik noch enger mit der SPD verknüpfen.

HOTLINE ZUR KAMPAGNE

Bis zum 15.04.2009 steht eine Hotline zur Kampagne zur Verfügung.

Mo – Do 9.00–17.00 Uhr, Fr 9.00–14.00 Uhr

Telefon 0511.3030-4044 und 0511.1674-231

DIE KAMPAGNE IM INTER- UND EXTRANET:

Weitere Informationen zur Kampagne finden Interessierte unter www.eintrittskarte-zukunft.de.

Im Extranet sind des Weiteren die Material-Downloads und interne Informationen online gestellt. Anmeldungen für das Extranet auf den Seiten des Internetauftritts, Menüpunkt Extranet.

Der eingesparte Weihnachtsmann

Der Weihnachtsmann ist übel dran
Er muss jetzt alles tragen
Hat keinen Schlitten, kein Gespann
Hat nicht mal einen Wagen.



Sein Antrag wurde abgelehnt
Die Gelder sind gestrichen
Das ist nun mal der große Trend
Man kennt das ja inzwischen

Mit Auto oder Bahn zu fahr'n
Ist Luxus heutzutage
Man will an allen Stellen spar'n
und streicht trotz mancher Klage

Der Weihnachtsmann fragt: Liebe Leut
Ja, wollt ihr mich verkohlen?
Soll'n sich die Kinder weit und breit
Die Sachen selber holen?

Da tönt's: Wir sparen ganz gerecht
Bis alle Schuld beglichen
Und wenn du aufmuckst, alter Knecht
Dann wirst auch du gestrichen

Horst Winkler